



Gut gemeint ist nicht immer gut genug

Welche Rolle spielen die Medien bei Straftaten, bzw. geplanten Straftaten? RTL2 und die Frau des Verteidigungsministers Stefanie zu Guttenberg, haben mit dem Format „Tatort Internet“ der Bekämpfung von Pädophilie einen Bärendienst erwiesen. Denn im Mittelpunkt der Diskussion steht, wie so oft bei RTL2, nicht das Thema, sondern dessen redaktionelle, sprich reißerische, Umsetzung.

Niemand kann ernsthaft dagegen argumentieren, dass es mehr Aufklärung darüber bedarf, wie sich Pädophile in Internetchats und -foren an Minderjährige heranmachen. Niemand, der auch nur über einen Funken Menschlichkeit verfügt, wird sich auf die Seite der Täter stellen. Und das macht auch keiner der vielen Kommentatorinnen und Kommentatoren, die die Aufmachung dieser Sendung kritisieren. Es geht im Kern nicht darum, die Täter zu schützen oder ihre Veranlagung gut zu heißen. Es geht darum, welche Aufgabe die Medien haben, und welche Verantwortung Polizei und Justiz.

Wenn eine Redaktion über Monate die Identität eines Mannes verschweigt, der sich online an minderjährige Mädchen heranmacht, nur um ihn dann in der Sendung an den Pranger stellen zu können, hat das nichts mit gutem oder gar investigativem Journalismus zu tun. Stattdessen wird billigend in Kauf genommen, dass der Täter in der Zwischenzeit anderweitig straffällig wird - nur um eine quotenträchtige Verwertung des Materials zu gewährleisten. Schade, dass das gut gemeinte Anliegen der Aufklärung über verbecherisches Handeln einmal mehr den Mechanismen des Boulevards zum Opfer fällt. Die Frage ist aber auch, ob sich die öffentlich-rechtlichen Sender des Themas zu Sendezeiten und in einer Form annehmen sollten, die auch Jugendliche erreicht. Dokumentationen, wie jüngst im ZDF, die nach Mitternacht laufen, sind zwar wertvoll, aber erreichen leider viel zu wenige, vor allen Dingen nicht die jungen Menschen.

Michael Sommer

Themen:

DGB/ver.di: Wirtschaft soll auch zahlen	2
MP beschließen neue Gebühr	3
DJV: Staatsferne achten	4
BBC muss sparen	4
Dju: Türkei muss inhaftierte Journalisten freilassen	5
IG Metall: Beschwerde gegen Presseclub	5
Filmproduktion und Tarifstandards	6
Neu: ZDFKultur	6
Pressefreiheit 2010	7
Studie: Jugend und soziale Netzwerke	9
Medienlinks	10
Veranstaltungen	12
Impressum	13



Gewerkschaften: Auch Wirtschaft muss zahlen

Die DGB-Gewerkschaften sind sich einig: Sie befürworten die Reform der Rundfunkgebühren, wollen aber nicht, dass die Unternehmen dabei besser gestellt werden oder der Programmauftrag beschnitten wird. In einer Stellungnahme anlässlich der Anhörung zum Entwurf des Staatsvertrags Mitte Oktober legten der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ihre Argumente dar. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland wird solidarisch finanziert. Da auch Unternehmen von frei empfangbaren öffentlich-rechtlichen Angeboten profitieren, sind sie zu Recht in der Pflicht, Rundfunkgebühren zu zahlen. Dies müssen sie in gleichem Umfang auch bei einem neuen Gebührenmodell tun“, erklärte DGB-Vorsitzender Michael Sommer. Jede Gebührenerhöhung auf Unternehmensseite müssten sonst die Bürgerinnen und Bürger ausgleichen.

Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), warnte zudem davor, die Reform der Rundfunkgebühren zum Anlass zu nehmen, den Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erneut zu beschneiden. „Es darf nicht sein, dass die Politik von vornherein die Gebühren deckelt und sich danach ableitet, welche Angebote sich die Anstalten noch leisten können. Es gilt immer noch, dass sich die Gebührenhöhe aus dem Auftrag ableitet und nicht umgekehrt.“ Darüber hinaus seien mit der Verabschiedung des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages bereits massive Einschnitte bei den Onlineangeboten der öffentlich-rechtlichen Anstalten erfolgt. Einschnitte, die schon jetzt den öffentlich-rechtlichen Auftrag, der auch im Internet gilt, ad absurdum führten.

Nach Ansicht der Gewerkschaften ist vielmehr sicherzustellen, dass auch ein neues Gebührenmodell den Anstalten finanzielle Sicherheit verschafft. Sie könnten ihrem Auftrag nur nachkommen, wenn die Gebührenreform aufkommensneutral erfolge. Zudem begrüßen die Gewerkschaften ein neues Gebührenmodell prinzipiell, da es einfacher und gerechter werde. Debatten um die Gebührenpflicht für einzelne Geräte würden damit überflüssig. Somit könne ein neues Gebührenmodell wieder zu deutlich mehr Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Systems bei den Gebührenzahlerinnen und -zahlern führen.

Die Stellungnahme ist auf der DGB-Webseite nachzulesen unter:

<http://tinyurl.com/39l4mcz>

Weitere Stellungnahmen dazu unter:

<http://tinyurl.com/25dcyhj>



Ministerpräsidenten beschließen neue Finanzierung

Die Regierungschefs der Länder haben Mitte Oktober in Magdeburg das neue Finanzierungsmodell für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschlossen. Danach ist vorgesehen, dass ab dem 1. Januar 2013 von jedem Inhaber einer Wohnung oder einer Betriebsstätte ein geräteunabhängiger Rundfunkbeitrag zu entrichten ist. Der von den Regierungschefs beratene Entwurf des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags berücksichtigt bereits eine Vielzahl von Anregungen aus den Ländern zu den Eckpunkten des neuen Finanzierungsmodells, hieß es in einer Mitteilung.

Der jetzige Entwurf des Staatsvertrages stelle einen erheblichen Fortschritt gegenüber den Eckpunkten dar, die ursprünglich das neue Modell skizziert hatten, erklärte der amtierende Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU). Der Entwurf gehe nun in die Landesparlamente, am 15. Dezember wollen die Ministerpräsidenten ihn unterzeichnen. Die Ministerpräsidenten halten die „Beitragsstabilität für unabdingbar“, so Böhmer. Die Höhe der heutigen monatlichen Rundfunkgebühr von 17,98 € solle auch erhalten bleiben, wenn dieser, wie geplant, am 1. Januar 2013 in Kraft tritt. ARD, ZDF und Deutschlandradio hätten bereits signalisiert, dass sie ihren zukünftigen Finanzbedarf maßvoll bei der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) anmelden wollen, um dieses Ziel der Länder zu unterstützen.

Der Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Ministerpräsident Kurt Beck (SPD), hob hervor, dass damit ein zukunftssicheres Beitragsmodell auf den Weg gebracht werde, das nicht mehr an Geräte anknüpft und damit der Konvergenz Rechnung trägt. „Das Erhebungsverfahren wird vereinfacht. Die Schnüffelei hört an der Wohnungstür auf. Der Beauftragtendienst kann reduziert werden“, so Beck. Leistungsfähige Behinderte werden nunmehr einen ermäßigten Beitrag von einem Drittel zahlen. Dafür soll das barrierefreie Angebot bei ARD und ZDF verbessert werden. Es wird ein einfaches Modell für Betriebsstätten vorgesehen. Beck: „Das Modell ist mittelstandsfreundlich. 90 Prozent der Betriebe fallen in die beiden untersten Beitragsstufen und zahlen deshalb nur ein Drittel oder einen Beitrag pro Betriebsstätte. Die Beitragsfreiheit des ersten KfZ an Betriebsstätten sorgt für weitere Entlastung bei Nebenerwerbsselbständigen, Kleinbetrieben und Filialen. Damit liegt insgesamt ein ausgewogenes Modell für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor.“

DJV: Staatsferne des Rundfunks beachten

Zur Achtung der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) die Ministerpräsidenten der Länder aufgefordert. Als bedenklich bezeichnete die stellvertretende DJV-Bundesvorsitzende Ulrike Kaiser die Ankündigung nach der letzter Ministerpräsidenten-Tagung, dass sich eine Arbeitsgruppe der Staatskanzleichefs mit den künftigen Programmschwerpunkten der Sender befassen wolle: „Wie das Programm von ARD und ZDF aussieht, welche Themen die Sender in welcher Form ausstrahlen, entscheiden die Sender autonom.“ Eine mögliche Einflussnahme von Politikern auf die Programminhalte sei weder mit den journalistischen Standards noch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vereinbar.

Als „positiv für die Planungssicherheit der Rundfunkanstalten“ bezeichnete Kaiser die Entscheidung der Ministerpräsidenten, die Rundfunkgebühren von der Geräte- auf die Haushaltsabgabe umzustellen. Problematisch sei jedoch die Festlegung der Länderchefs auf die Beibehaltung der jetzigen Gebühr in Höhe von 17,98 Euro monatlich. „Wie hoch der Finanzbedarf der Sender ist, ermittelt die KEF und nicht die Ministerpräsidentenkonferenz.“ Dass die jetzige Abgabe unverändert bis 2015 bestehen bleiben solle, sei bedenklich. „Auf keinen Fall darf die Programmqualität in den nächsten Jahren Schaden nehmen“, sagte Kaiser. Die Landespolitiker kämen ihrer medienpolitischen Verantwortung nur unzureichend nach, wenn sie heute schon den künftigen Finanzbedarf zu kennen meinten.



BBC muss sparen

Die öffentlich-rechtliche britische BBC bekommt in den nächsten sechs Jahren deutlich weniger Geld. Als Teil des von der britischen Regierung aufgelegten rigorosen Sparprogramms wird die Rundfunkgebühr auf 145,50 Pfund (rund 164 Euro) pro Jahr und Gebührenzahler eingefroren. Zudem muss der Sender künftig sein weltweites Nachrichtenprogramm BBC World Service selbst finanzieren. Bisher übernahm dies das Außenministerium. Die BBC verliert damit bis 2016 16 Prozent ihrer Einnahmen aus Gebühren. Nicht zahlen muss der Sender für die Gebührenbefreiung für über 75jährige, wie das ursprünglich angedacht war. Dies wird weiterhin vom Sozialministerium übernommen. Die Gewerkschaften befürchten nach mehreren Medienberichten aufgrund der starken Gebühreneinbußen Stellenstreichungen.

Dju: Türkei muss inhaftierte Journalisten freilassen

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di unterstützt nachdrücklich die Kampagne der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF) zur Freilassung von über 40 inhaftierten Journalistinnen und Journalisten in der Türkei. EJF-Präsident Arne König hat die türkische Regierung aufgefordert, das Klima der Furcht und der Einschüchterung in der türkischen Medienlandschaft zu beenden. Nicht nur die 40 Journalisten in den Gefängnissen, sondern weitere 700 haben Prozesse wegen angeblicher Verstöße gegen das Strafgesetzbuch oder gegen die türkischen Antiterror-Gesetze zu erwarten – „nur weil sie ihre journalistische Arbeit aufrichtig und professionell erledigt haben“, so Arne König weiter. Die dju bekräftigte, Grundvoraussetzung für den Weg der Türkei in die EU sei, dass die Pressefreiheit gesetzlich verankert und abgesichert werde. Die türkischen Journalistinnen und Journalisten müssten ungehindert und ohne Bedrohung und Einschüchterung ihrer Arbeit im Interesse einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft nachgehen können. Erst kürzlich hatte auch die Sprecherin für die Freiheit der Medien bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Dunja Mijatovic, die Türkei aufgerufen, die Inhaftierten freizulassen und die dringend erforderliche Reform der Mediengesetzgebung in der Türkei zu starten.

Weitere Informationen unter:

<http://tinyurl.com/37zo7q4>

Hier kann man auch eine E-Karte an den Türkischen Ministerpräsidenten schicken, um sich für die Freilassung der Inhaftierten einzusetzen.

IG Metall: Beschwerde wegen Presseclub

Mit einer Programmbeschwerde des 2. Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzel, hat sich der Programmbeirat der ARD Ende September befasst. Wetzel hatte die Besetzung des Presseclubs zum Thema „Rente mit 67“ vom 15. August 2010 unter der Leitung von WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn als zu wenig pluralistisch beanstandet. Unisono hatten alle fünf Journalistinnen und Journalisten sich für das Konzept der Rente mit 67 ausgesprochen. Im Programmbeirat wurde bemängelt, dass kein kritischer Journalist eingeladen wurde und augenscheinlich die Journalisten nicht auf dem neuesten Kenntnisstand waren. Programmdirektor Volker Herres erläuterte, es sei bisweilen schwierig, „fernsehtaugliche“ Diskutanten zu finden. Aus dem Gremium kam die Anregung, künftig auch auf Chefredakteure großer Gewerkschafts- oder Verbandszeitungen zurück zu greifen, um den Pluralismus zu gewährleisten.



Filmproduktionen müssen Tarifstandards einhalten

ZDF und Produzenten-Allianz haben verbindliche Standards zu Arbeitsbedingungen bei Auftragsproduktionen vereinbart. Demnach gilt einheitlich für alle im Auftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens produzierten Filme, dass der von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) mit der Produzenten-Allianz vereinbarte Tarifvertrag für Filmschaffende die generelle Kalkulationsgrundlage ist. Ebenfalls werden die für Filmschaffende besonders wichtigen Sozialversicherungsregelungen, wie ein tarifvertragliches Zeitkonto oder die von der Deutschen Rentenversicherung (Bund) erlassene Sozialversicherungsrichtlinie für Schauspieler uneingeschränkt anerkannt. Entsprechende Eckpunkte sind mit der ARD bereits Ende 2009 vereinbart worden.

„Die deutschen Auftragsproduzenten müssen bei den für Auftragsproduktionen angestellten Filmschaffenden die Tarif- und Sozialstandards uneingeschränkt einhalten. Immer wieder sind uns Fälle bekannt geworden, in denen das Zeitkonto nicht gewährt wurde. Oder wir erfahren von Verträgen, die pauschalierte und damit untertariflicher Gagen vorsehen“, erklärte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Zudem kritisiert Werneke: „Es gibt Fernsehproduktionsfirmen ohne Tarifbindung, die zukünftig gegenüber Sendern mit Tarifstandards kalkulieren können, allerdings gegenüber Filmschaffenden diese Standards nicht einhalten müssten. Für solche Firmen ist die Produzenten-Allianz gefordert, nur noch tarifgebundene Verbandsmitgliedschaften vorzusehen.“ Für die derzeit laufenden Tarifverhandlungen mit der Produzenten-Allianz zu Erlösbeteiligungen für Filmurheber und ausübende Künstler und zu Schauspiel-Gagen erhofft sich ver.di nun Rückenwind. Denn auch das ZDF hat sich nach der ARD bereit erklärt, solch neuartiger Regelungen für Filmschaffende anzuwenden.

Aus Theaterkanal wird ZDFkultur

Am 1. April 2011 will sich der bisherige ZDFtheaterkanal erstmals in neuem Gewand und mit neuer inhaltlicher Ausrichtung unter dem neuen Namen ZDFkultur präsentieren. Der digitale Spartenkanal soll auf zwei Säulen ruhen: Popkultur und Spiel. Bei der Vorstellung des neuen Konzeptes vor dem ZDF-Fernsehrat nannte Intendant Markus Schächter den Kulturkanal eine wichtige und richtige Ergänzung in der neu zu formierenden ZDF-Programmfamilie. Schächter: „Die Sehgewohnheiten der Zuschauer haben sich geändert. Das Interesse für Kultur ist hoch, aber die Formen der Darbietung, der Erzählweisen und der Nutzung sind anders, spielerischer und auch stärker von einem Mitgestaltungsinteresse geprägt.“ Mit dem neuen Angebot setze das ZDF auf einen mo-

deren Kulturbegriff, der die unnatürliche Trennung von Hochkultur und vermeintlich weniger anspruchsvoller Popkultur aufhebe. ZDFkultur solle die Zugangsbarrieren zu kulturellen Inhalten abbauen und jüngere Zuschauer stärker an kulturelle Inhalte heranführen.

Popkultur habe heute in Deutschland keine audiovisuelle Heimat, erläuterte der ZDF-Intendant. Diese Lücke werde mit ZDFkultur geschlossen. Musik, die Darstellenden Künste, Filmkultur, Netzkultur und Gaming würden mit ZDFkultur zu einem neuartigen Gesamtangebot vereint, das es so in der Medienlandschaft bisher nicht gibt. Zum Kern von ZDFkultur gehören auch künftig Theater und Oper in aufregenden modernen Inszenierungen, Aufzeichnungen aus den großen Konzerthäusern und von Popfestivals sowie Themenabende zu kulturellen Gegenständen. Das Spielerische als Kulturform, nicht ausschließlich das Intellektuelle, mache den Markenkern von ZDFkultur aus, sagte Schächter.

Das Programmschema von ZDFkultur konzentriert sich auf die Prime Time von 18.00 bis 0.00 Uhr. Mit insgesamt 48 Stunden Popmusik pro Woche bietet ZDFkultur breiten Raum für alle Facetten von Pop und Rock, über Alternative und Indie bis hin zu Hip-Hop und Heavy Metal. Der „Marker“ ist ein eigenproduziertes Popkulturformat mit wechselnden Moderatoren, das zugleich im Mittelpunkt des Online-Auftrittes von ZDFkultur stehen wird. Als eines seiner Erkennungszeichen führt ZDFkultur die Sendermoderation wieder ein, die vor vielen Jahren von den deutschen Bildschirmen verschwunden ist. Die Moderatoren werden sich an exponierten Stellen mit kritischen und witzig-ironischen Anmerkungen einschalten, die Programme einordnen, kommentieren und inhaltliche Überleitungen schaffen. Der Etat des ZDFtheaterkanals beläuft sich in diesem Jahr auf 8,08 Millionen Euro. Im Jahr 2011 ist ein Etat für ZDFkultur von 12,58 Millionen Euro geplant. Die Erhöhung wird durch Umschichtungen innerhalb des bestehenden ZDF-Haushalts finanziert.

Pressefreiheit 2010: Europa fällt zurück

Die Lage der Medienfreiheit in Europa hat sich weiter verschlechtert. Dies zeigt die aktuelle Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (ROG). Der bereits bei der Rangliste 2009 festgestellte Abwärtstrend einiger süd- und südosteuropäischer Staaten setzt sich im aktuellen ROG-Ranking fort. Auch bei den EU-Gründungsstaaten Frankreich und Italien hat sich diese Entwicklung bisher nicht umgekehrt. Gleichzeitig beobachtet ROG bei der Lage der Pressefreiheit

wachsende Unterschiede zwischen den EU-Ländern. Zwischen den drei am besten platzierten EU-Ländern an der Spitze des Rankings - Finnland, die Niederlande und Schweden - und dem am schlechtesten platzierten - Bulgarien - liegen rund 70 Positionen. Die Situation auf den untersten Positionen der Rangliste ist fast unverändert: Birma, Iran, Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea sind erneut die Schlusslichter. Neu hinzugekommen zu der Gruppe der zehn repressivsten Staaten der Welt sind in diesem Jahr der Sudan und Ruanda.

Rund die Hälfte der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist unter den 20 führenden Ländern der aktuellen Rangliste. Die Schere innerhalb der Staatengemeinschaft geht jedoch stark auseinander. So liegen zwölf EU-Länder, also fast die Hälfte, zwischen dem 30. und 70. Rang. Am stärksten gefallen ist Griechenland (2009: Platz 35, 2010: Platz 70). Damit bildet das südeuropäische Land gemeinsam mit Bulgarien (2009: Platz 68, 2010: Platz 70) das Schlusslicht unter den EU-Staaten. In Griechenland waren körperliche Angriffe bei Demonstrationen und Drohungen gegen Journalisten ein Grund für die Abwärtsbewegung.

Auch bei den EU-Gründungsstaaten Frankreich (2009: Platz 43, 2010: Platz 44) und Italien (2009 und 2010: Platz 49) gibt es keine Indizien für eine Verbesserung der Situation: Grundlegende Probleme wie die Verletzung des Quellenschutzes, die zunehmende Konzentration von Medieneigentum sowie gerichtliche Vorladungen von Journalisten dauern an. „Es ist beunruhigend festzustellen, wie einige EU-Mitgliedstaaten weiter Plätze in der Rangliste verlieren“, so ROG-Generalsekretär Jean-François Julliard. „Wenn die EU-Staaten keine Anstrengungen unternehmen, setzen sie ihre weltweit führende Position bei der Einhaltung von Menschenrechten aufs Spiel. Die europäischen Staaten müssen dringend ihre Vorbildfunktion wiedererlangen.“

Deutschland steht in diesem Jahr - fast unverändert - auf Platz 17 (2009: Platz 18): Wie auch in anderen EU-Staaten wurden Redaktionszusammenlegungen und Stellenstreichungen negativ bewertet. Der Zugang zu Behördeninformationen bleibt ebenfalls unzureichend. Zu weiteren Kritikpunkten gehörte unter anderem das Strafverfahren gegen zwei Leipziger Journalisten in der so genannten Sachsensumpf-Affäre.

Anlass zur Sorge bietet darüber hinaus die Entwicklung in der Türkei. Nachdem sich der EU-Anwärter schon im Index 2009 um 20 Plätze verschlechtert hatte, folgt in diesem Jahr ein weiterer Rückfall um 16 Ränge. Damit steht das südeuropäische Land auf Position 138 (2009: Platz 122). Ins Gewicht fielen bei der schlechten Platzierung die Klagen gegen Journalisten sowie Festnahmen und Verurteilungen von Medienmitarbeitern zu Gefängnisstrafen. Die Türkei gerät somit in unmittelbare Nachbarschaft zu Russland (2009: Platz 153, 2010: Platz 140).



Studie: Jugendliche in Sozialen Netzwerken

Wie Jugendliche mit persönlichen Informationen in Sozialen Netzwerken wie facebook.com oder schuelervz.net umgehen, zeigt die aktuelle Studie des JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis. „Persönliche Informationen in aller Öffentlichkeit?“ ist der Titel der Untersuchung, die Mitte Oktober in der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) vorgestellt wurde. Den Kern der Ergebnisse fasst Dr. Ulrike Wagner, stellvertretende Direktorin des JFF, folgendermaßen zusammen: „Jugendliche wollen selbstverantwortlich mit persönlichen Informationen in Online-Netzwerken umgehen – allerdings sind dafür die Voraussetzungen teilweise nicht gegeben. Der Anspruch, selbst für das eigene Handeln verantwortlich zu sein, ist typisch für das Jugendalter. Selbstverantwortung ist in Sozialen Netzwerkdiensten aber durch soziale und mediale Bedingungen gerahmt.“

Die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung von Jugendlichen zwischen 13 und 19 Jahren zeigten ein recht differenziertes Bild, wie Jugendliche mit ihren persönlichen Informationen in Online-Netzwerken umgehen. Sie machen sich – in unterschiedlichem Maße und unterschiedlich tiefgehend – durchaus Gedanken darüber, was sie wem in Sozialen Netzwerken über sich mitteilen wollen und was nicht. Der Wunsch nach sozialer Einbettung und Zugehörigkeit ist ein wesentliches Motiv der Nutzung und beeinflusst, wie sie mit persönlichen Informationen in Online-Netzwerken umgehen. Je nachdem, für wen sie erkennbar sein wollen, verfolgen die Jugendlichen unterschiedliche Strategien: Ein Teil der Befragten ist darauf bedacht, sich nur für seine Freunde zu erkennen zu geben. Ein weiterer Teil verfolgt die Strategie, sich und seine Talente einem breiten Publikum zu zeigen. Eine dritte Strategie kann man als „spielerisch experimentell“ bezeichnen. Dabei zeigen sich die Jugendlichen mit einem Pseudonym im Netz und sind nur von Eingeweihten auf den ersten Blick erkennbar.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass vielen Jugendlichen Wissen über die Medienstrukturen, beispielsweise über Auswertungsmöglichkeiten digitaler Daten, fehlt. Die Voraussetzungen für ein selbstverantwortliches Handeln sind also nur in Teilen gegeben und die Jugendlichen sind auf Unterstützung angewiesen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Interaktionen in Online-Netzwerken als soziales Handeln zu begreifen sind. So werden zum einen Regeln und Normen des sozialen Miteinanders aus der Offline-Welt auf die technisch vermittelten Kommunikationsformen übertragen. Mit gegenseitig anvertrauten Informationen Beziehun-

Die Untersuchung ist eine Teilstudie im Rahmen der 5. Konvergenzstudie „Das Internet als Rezeptions- und Präsentationsplattform für Jugendliche – Untersuchung der Nutzerseite“ (Laufzeit: Dezember 2007 – Dezember 2012). Sie ist kostenlos erhältlich unter:
www.blm.de
www.jff.de

gen zu gestalten, ist ein Beispiel hierfür, wobei aber die technischen Rahmenbedingungen nur von wenigen reflektiert werden. Zum anderen werden Regeln und Normen auch neu verhandelt. Beispielsweise beschreiben die Jugendlichen das Recht am eigenen Bild als Verhandlungssache, da es nicht möglich sei, die Abgebildeten bei jedem Bild oder Video zu fragen. Vielmehr wird nach eigenem Ermessen über die Veröffentlichung entschieden. Erst wenn sich die Abgebildeten melden, wird ausgehandelt, ob die Veröffentlichung „gerechtfertigt“ war. Überraschend dabei ist: Nahezu alle Befragten haben bereits selbst erlebt, dass Bilder von ihnen veröffentlicht wurden, die sie nicht veröffentlichen wollten.

Es gebe aber auch Ambivalenzen und Widersprüche, die verdeutlichen, dass jugendliche Nutzern besser durch pädagogische Angebote, aber auch die Plattformgestaltung unterstützt werden müssten, meinen die Verfasser. Die Privatsphäre dürfe nicht zur Privatsache einzelner Individuen gemacht werden. Jugendliche bräuchten Angebote mit denen sie beispielsweise Wissen über Medienstrukturen und Nutzungsdynamiken erwerben können. Nicht zuletzt gehe es auch darum, Selbst- und Mitverantwortung zu stärken, damit die Bedingungen sozialen Miteinanders gemeinschaftlich getragen werden. Die Forderung nach Transparenz und Verantwortung sei aber nicht nur an die Einzelnen und an die Pädagogik zu richten, sondern auch als zentraler Qualitätsanspruch insbesondere an die Anbieter Sozialer Netzwerkdienste.

Medienlinks

Studierende fördern Medienkompetenz

Medienkompetenz 2.0 ist eine studentische Initiative, die Medienkompetenz bei Kinder und Jugendlichen fördern will. Die Studierenden beraten Schulen, Vereine und Jugendhäuser bei Medienprojekten, der derzeitige Schwerpunkt liegt auf dem Thema Jugendmedienschutz. „Da viele Gefahren im Internet lauern, ist es wichtig das Bewusstsein für den richtigen Umgang mit den neuen Medien zu schärfen. Mit Vorträgen und Workshops weisen wir Kinder und Jugendliche aber auch Eltern und Lehrer in die Vielfalt der neuen Medienwelt ein“, heißt es auf der Webseite. Die Initiative besteht aus mehreren Studenten, die sich nicht nur in ihrer Freizeit mit der Materie beschäftigen, sondern bereits in der Schule eigene Medienprojekte durchgeführt und Medien-AGs geleitet haben. Im Team mit dabei sind unter anderem Medieninformatiker, Medien- und Kommunikationswissenschaftler sowie Jura-Studenten. Mittlerweile gibt es über ganz Deutschland verteilt studentische Regionalteams die Vorträge, Schulungen oder Workshops anbieten. Schirmherrin ist die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Kooperationspartner der Initiative ist unter anderem das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg. Die Webseite bietet einen guten Überblick und interessante Angebote zum Thema Medienkompetenz.

medienkompetenz20.de/node/13

Plattform für neue Streitkultur gestartet

TALK TO THE ENEMY, Gewinnerprojekt des SCOOP-Ideenwettbewerbs der Axel Springer Akademie, ist online. Auf www.talk2enemy.de setzen sich jeweils fünf junge Videoblogger aus zwei gegensätzlichen Lagern intensiv über ein gesellschaftlich relevantes Thema auseinander. Den Anfang macht „Arm gegen Reich“. Alle drei Monate startet ein neues Thema mit neuen Protagonisten. Die Plattform wurde entwickelt und realisiert von den beiden Journalistinnen Sabine Streich und Katrin Eigendorf. „Im Mittelpunkt der Webseite steht immer wieder neues Filmmaterial, das einen authentischen Einblick in die Lebenswelt und Perspektiven der Videoblogger gibt. Konflikte werden so verständlich aufbereitet und ausgetragen“, heißt es in einer Mitteilung zum Projekt. Besucher von talk2enemy.de können sich durch eigene Videobeiträge und Kommentare in die Diskussion einbringen. Die Webseite ist hierfür mit YouTube, Facebook und Twitter verknüpft. Der Hamburger Diplom-Psychologe Uli Heidemann begleitet als Moderator die Debatte.

www.talk2enemy.de

Mehr Informationen zum SCOOP-Ideenwettbewerb gibt es auf www.mein-scoop.de und www.axel-springer-akademie.de.

„Wir begleiten das Projekt journalistisch, wollen die Diskussion immer wieder neu beleben. Es wird einen professionellen Fakten-Check der Argumente sowie Experten-Interviews geben“, sagt Sabine Streich. Katrin Eigendorf ergänzt: „Wir möchten mit dem Projekt nicht nur eine neue Streitkultur im Internet schaffen, sondern auch Jugendliche und junge Erwachsene ermuntern, ihre Kreativität auszuleben und Web und Video für sich zu nutzen.“ „Richtig streiten – Besser verstehen“ – das ist der Leitsatz von TALK TO THE ENEMY. Die Protagonisten bei „Arm gegen Reich“ sind zwischen 18 und 30 Jahren alt. Sie wurden von den beiden SCOOP-Gewinnerinnen zu Videobloggern ausgebildet. „Wir wollen, dass sie Gegensätze ungefiltert darstellen und die Community zum Mitdiskutieren anregen“, sagen die Macherinnen. Die Beiträge sind vielfältig und reichen von der kurzen Dokumentation bis zum selbstgedichteten Rap. Reinschauen lohnt sich. TALK TO THE ENEMY wird auch im Fernsehen zu sehen sein. Partner ist das ZDF. Am Ende jeder Staffel sendet der ZDFinfokanal eine Dokumentation über den Verlauf der Debatte.

Veranstaltungstipps

Alles auf dem Schirm? Jugendliche in vernetzten Medienwelten

6. Interdisziplinäre Fachtagung von JFF und BLM
12. November in München

Wie sich Jugendliche die heute verfügbaren Informationsnetze zunutze machen, nach welchen Kriterien sie aus der Fülle auswählen, welche Informationen sie selbst verbreiten und unter welchen Bedingungen sie daraus Gewinn ziehen oder in Problemlagen geraten – das sind Fragen, die für die Medienpädagogik wichtig sind. Denn der Umgang mit medialer Information hat hohe Relevanz für eine souveräne Lebensführung in der mediatisierten Gesellschaft. Die Interdisziplinäre Tagung 2010 will zur Klärung dieser Fragen beitragen und so die Entwicklung angemessener (medien-)pädagogischer Handlungsstrategien gegenüber und in den medialen Informationsnetzen anregen.

Infos und Anmeldung unter:
www.blm.de
www.jff.de

Netzpolitische Kongress

Der Bundestagsfraktion Bündnis90/ Die Grünen
12. und 13. November in Berlin

Der grüne Netzpolitische Kongress debattiert die zentralen Fragen zum freien und gleichberechtigten Zugang, zu Bürgerrechten, Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz im Internet. Mit welchen neuen Formen von Teilhabe lässt sich Demokratie weiter entfalten? Und wie lässt sich unsere Gesellschaft digital gestalten? Willkommen sind alle, die sich für eine konstruktive Bürgerrechtspolitik mit dem Internet einsetzen: 'Digital Immigrants' und 'Digital Natives', NetzaktivistInnen, DatenschützerInnen, BürgerrechtlerInnen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen, EntwicklerInnen, Verlage und IT-Firmen.

Infos und Anmeldung bis 5.11.
unter:
<http://tinyurl.com/28n4dpg>

Lebenswelten – smart und vernetzt

Mediatage Nord 2010
15. bis 19. November in Kiel

Unser Leben wird zunehmend von digitalen Medien begleitet und bestimmt. Dies birgt wirtschaftliche, soziale und nicht zuletzt Bildungschancen. Die Mediatage Nord 2010 beleuchten diese Entwicklung in rund 30 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen aus unterschiedlichen Perspektiven. Beim MediaGipfel am

Infos und Anmeldung unter:
www.mediatage-nord.de

16. November 2010 zum Thema „Zukunftsmarkt Digitale Assistenten“ stehen die allgegenwärtigen Digitalen Helfer und Unterstützungssysteme und ihre wachsende Bedeutung für das Alltagsleben wie die Wirtschaft im Vordergrund.

Medien.Nutzen.

Medienkongress 2010 der Medienberatung NRW und der Landesanstalt für Medien NRW
20. November in Essen

Wie können digitale Medien im Bildungsbereich für kreatives und nachhaltiges Lernen genutzt werden? Und was ist bei dem privaten Mediengebrauch zu beachten? Antworten auf Fragen rund um das Thema digitale Medien gibt der diesjährige Kongress Medien.Nutzen., zu dem die Medienberatung NRW und die Landesanstalt für Medien NRW (LfM) einlädt. Prof. Dr. Andreas Breiter (ifib-Bremen) stellt Ergebnisse einer aktuellen LfM-Studie zur Mediennutzung und Medienkompetenz in den Klassen 5 und 6 vor. In Vorträgen und Workshops werden anschließend einzelne Themenbereiche vertieft und es besteht die Möglichkeit zum Austausch. In einer Ausstellung zeigen verschiedene Initiativen ausgewählte Materialien zum Thema.

Infos und Anmeldung unter:
<http://tinyurl.com/39fyg6>

In die Tiefe! Recherche: Handwerk, Kunst, Notwendigkeit

24. dju-Journalistentag
27. November in Berlin

In diesem Jahr beschäftigt sich der Journalistentag mit einer Grundlage der journalistischen Arbeit. Im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen steht die Recherche, grundsätzlich und ganz konkret, unter finanziellen und ethischen Aspekten, und zukunftsorientiert auf der Suche nach Perspektiven. Referieren werden u.a. Hans Leyendecker von der Süddeutschen Zeitung, Gabriele Hooffacker von der Münchner Medienakademie und Malte Hinz, Chefredakteur der Westfälischen Rundschau.

Infos und Anmeldung unter:
<http://tinyurl.com/3y2qmpz>

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin.

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644
SabineNehls@aol.com

Der medien-newsletter kann
abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter